(2) Für die Durchsetzung des Anspruchs des Geschädigten gelten die Bestimmungen für die Durchsetzung eines Schadensersatzanspruchs.

VI.

Überleitungs- und Schlußbestimmungen

§51

Die Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei, Abteilung Strafvollzug, gewährleisten die Einleitung der Durchsetzung der Zusatzstrafen, die vor dem 1. Juli 1968 ausgesprochen wurden und deren Wirkung erst nach einer nach dem 1. Juli 1968 erfolgten Entlassung aus dem Strafvollzug eintritt.

§52

(1) Die Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei, Abteilung Strafvollzug, haben bis zum 30. September 1968 dem zuständigen Gericht Listen über bedingte Verurteilung (§ 1 StEG) und bedingte Strafaussetzung (§ 346 StPO-alt) zu übersenden, sofern bis zum 1. Juli 1968 keine Beschlüsse nach § 2 StEG bzw. § 347 StPO (alt) ergangen sind.

(2) Das Gericht wird in diesen Fällen während der Bewährungszeit im Rahmen der bisherigen Festlegung tätig und entscheidet nach Ablauf der Frist gemäß § 2 StEG bzw. § 350 Abs. 4 StPO.

(3) Die Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei, Abteilung Strafvollzug, übergeben bis zum 30. September 1968

— an den zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, die Unterlagen für Verurteilte, deren rechtskräftig durch Urteil angeordnete Einweisung in eine Trinkerheilstalt oder psychiatrische Einrichtung bis zum 1. Juli 1968 nicht erfolgen konnte, zur Verwirklichung dieser Maßnahmen und

— an den zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, eine Aufstellung der noch nicht restlos eingezogenen Mehrerlöse, auf deren Einzug durch rechtskräftiges Urteil vor dem 1. Juli 1968 erkannt wurde, zur Übernahme und Einzug der noch offenen Forderung.

§ 53

Für die Verjährung von Geldstrafen, die vor dem 1. Juli 1968 rechtskräftig ausgesprochen wurden, gelten die Verjährungsbestimmungen der §§360,361 StPO.

§54

Die §§ 27 bis 33 finden auf die Verwirklichung der Aufenthaltsbeschränkung nach § 3 Abs. 1 der Verordnung vom 24. August 1961 über Aufenthaltsbeschränkung (GBl. II S. 343) entsprechende Anwendung.

§55

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Juli 1968 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Anordnung vom 26. Januar 1960 über die Durchführung der Strafvollstreckung (Strafvollstreckungsordnung) (GBl. I S. 121) sowie die zu ihrer Durchführung erlassenen Bestimmungen außer Kraft.

(3) Die Leiter der zentralen staatlichen Organe treffen die zur Durchführung dieser Durchführungsbestimmung notwendigen Maßnahmen.

Berlin, den 5. Juni 1968

Der Minister der Justiz

Dr. W ü n s c h e

**Anordnung
zur Anpassung
der geltenden Straf- und Ordnungsstrafhinweise
— Anpassungsanordnung —**

vom 12. Juni 1968

§ 1

Die beizubehaltenden Straf- und Ordnungsstrafhinweise in Anordnungen, Durchführungsbestimmungen und andere Rechtsvorschriften der Leiter der zentralen staatlichen Organe erhalten auf Grund des Anpassungsgesetzes vom 11. Juni 1968 (GBl. I S. 242) im Einvernehmen mit dem Minister für Gesundheitswesen, Minister für Post- und Fernmeldewesen, Minister für Bauwesen sowie dem Leiter der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. Juli 1968 in Kraft.

Der Minister der Justiz

Dr. W ü n s c h e

Anlage

zu vorstehender Anordnung

Bereich des Post- und Fernmeldewesens

1. §19 Abs. 2 der Rundfunkordnung vom 3. April 1959 (GBl. I S. 465) erhält folgende Fassung:

„§ 19

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 63 des Gesetzes vom

3. April 1959 über das Post- und Fernmeldewesen (GBl. I S. 365) in der Fassung des Anpassungsgesetzes vom 11. Juni 1968 (GBl. I S. 242) als Ordnungswidrigkeiten (§ 63) verfolgt.“

2. § 20 Abs. 2 der Modellfunkordnung vom 3. April 1959 (GBl. I S. 467) erhält folgende Fassung:

„(2) Zu widerhandlungen werden nach § 63 des Gesetzes vom 3. April 1959 über das Post- und